

ABRÜSTEN STATT AUFRÜSTEN

» Keine Erhöhung der Rüstungsausgaben – Abrüsten ist das Gebot der Stunde «

| Dezember 2017 |

Aufruf:

ABRÜSTEN STATT AUFRÜSTEN!

Die Bundesregierung plant, die Rüstungsausgaben nahezu zu verdoppeln, auf zwei Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung (BIP). So wurde es in der NATO vereinbart.

Zwei Prozent, das sind mindestens weitere 30 Milliarden Euro, die im zivilen Bereich fehlen, so bei Schulen und Kitas, sozialem Wohnungsbau, Krankenhäusern, öffentlichem Nahverkehr, kommunaler Infrastruktur, Alterssicherung, ökologischem Umbau, Klimagerechtigkeit und internationaler Hilfe zur Selbsthilfe.

Auch sicherheitspolitisch bringt eine Debatte nichts, die zusätzlich Unsummen für die militärische Aufrüstung fordert. Stattdessen brauchen wir mehr Mittel für Konfliktprävention als Hauptziel der Außen- und Entwicklungspolitik.

Militär löst keine Probleme. Schluss damit. Eine andere Politik muss her.

Damit wollen wir anfangen: Militärische Aufrüstung stoppen, Spannungen abbauen, gegenseitiges Vertrauen aufbauen, Perspektiven für Entwicklung und soziale Sicherheit schaffen, Entspannungspolitik auch mit Russland, verhandeln und abrüsten.

Diese Einsichten werden wir überall in unserer Gesellschaft verbreiten. Damit wollen wir helfen, einen neuen Kalten Krieg abzuwenden.

Keine Erhöhung der Rüstungsausgaben – Abrüsten ist das Gebot der Stunde

Franz Alt, Schriftsteller | Dr. Wolfgang Biermann, Politikwissenschaftler, Initiative neue Entspannungspolitik JETZT! | Dieter Maschine Birr, (Ex Puhdys), Musiker | Roland Blach, DFG-VK, Kampagne „Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt“ | Prof. Dr. Ulrich Brand, Politikwissenschaftler, Institut Solidarische Moderne | Prof. Dr. Peter Brandt, Historiker, Initiative Neue Entspannungspolitik JETZT! | Reiner Braun, Präsident International Peace Bureau (IPB) | Frank Bsirske, Vorsitzender von ver.di | Christine Buchholz, MdB DIE LINKE. | Marco Bülow, MdB SPD | Annelie Buntenbach, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB | Prof. Dr. Paul J. Crutzen, Atmospheric Chemistry and Climate Research, Nobel Laureate 1995 | Daniela Dahn, Schriftstellerin | Das Rilke Projekt (Schönherz & Fleer), Erfolgreichstes Deutsches Lyrikprojekt | Renan Demirkan, Schauspieler, Autorin | Prof. Dr. Klaus Dörre, Soziologe | Michael Erhardt, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Frankfurt | Ute Finckh-Krämer, MdB (2013-2017) SPD | Peter Freudenthaler, Volker Hinkel, von Fools Garden | Ulrich Frey, Initiative Neue Entspannungspolitik Jetzt! | Thomas Gebauer, Geschäftsführer von medico international | Wolfgang Gehrcke, DIE LINKE. | Stephan Gorol, Kulturmanagement | Dr. Rolf Gössner, Vorstandsmitglied internationale Liga für Menschenrechte | Prof. Dr. Ulrich Gottstein, IPPNW Gründungs- und Ehrenvorstandsmitglied | Susanne Grabenhorst, stellv. Vorsitzende IPPNW Deutsch-

land | Jürgen Grässlin, Bundessprecher der DFG-VK | Hermann Josef Hack, Bildender Künstler | Uwe Hassbecker, Musiker (Silly) | Prof. Dr. Frigga Haug, Soziologin | Uwe Hijsch, Bundesvorstand NaturFreunde Deutschlands | Reiner Hoffmann, DGB-Vorsitzender | Philipp Ingenleuf, Netzwerk Friedenskooperative | Otto Jäckel, Vorsitzender IALANA Deutschland, Vereinigung für Friedensrecht | Kristine Karch, Co-Chair International Network No to War – No to NATO | Margot Käßmann, Theologin | Katja Keul, MdB Bündnisgrüne/die Grünen | Katja Kipping, MdB, Vorsitzende DIE LINKE. | Toni Krahl, Musiker (CITY) | Sabine Leidig, MdB DIE LINKE. | Wolfgang Lemb, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied IG Metall | Sarah Lesch, Liedermacherin | Udo Lindenberg, Musiker | Anna Loos, Schauspieler, Sängerin (Silly) | Pascal Luig, Co-Sprecher „Kooperation für den Frieden“ | Jürgen Maier, Forum Umwelt und Entwicklung | Prof. Dr. Mohssen Massarrat, Politikwissenschaftler, Friedensforscher | Hilde Mattheis, MdB SPD | Birgitta Meier, Friedensmuseum Nürnberg | Prof. Dr. Thomas Meyer, stellv. Vorsitzender der SPD-Grundwertekommission | Matthias Miersch, MdB, Sprecher der Parlamentarischen Linken in der SPD-Bundestagsfraktion | Prof. Dr. Maria Mies, Soziologin, Öko-Feministin | Michael Müller, Vorsitzender NaturFreunde Deutschlands, ehem. Staatssekretär im Umweltministerium | Julia Neigel, Sängerin, Songwriterin | Prof. Dr. Kai Niebert, Präsident des Deutschen Naturschutzringes (DNR) | Wolfgang Niedecken, Musiker, Sänger (BAP), Maler, Autor | Prof. Dr. Norman Paech, Völkerrechtler | Alexis Passadakakis, aktiv bei Attac Deutschland | Anne Rieger, Bundesausschuss Friedensratschlag | Clemens Ronnefeldt, Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes | Alex Rosen, Vorsitzende IPPNW Deutschland | Michaela Rosenberger, Vorsitzende der Gewerkschaft Nahrung Genuß Gaststätten (NGG) | Rene Rösper, MdB SPD | Prof. Dr. Werner Ruf, Politikwissenschaftler, Friedensforscher | Prof. Dr. Jürgen Scheffran, Physiker, Vorsitzender International Network of Engineers and Scientists for Global Responsibility (INES) | Dr. Ute Scheub, Autorin | Heide Schütz, Vorsitzende Frauennetzwerk für Frieden | Prof. Dr. Gesine Schwan, Vorsitzende der SPD-Grundwertekommission | Prof. Dr. Johano Strasser, ehem. Präsident des deutschen PEN | Wolfgang Strengmann-Kuhn, MdB Bündnisgrüne/die Grünen | Prof. Dr. Michael Succow, Alternativer Nobelpreisträger, Michael Succow Stiftung | Marlis Tepe, Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) | Horst Trapp, Friedens- und Zukunftswerkstatt | Barbara Unmüßig, Vorstand der Heinrich Böll Stiftung | Hans-Jürgen Urban, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied IG-Metall | Willi van Ooyen, Bundesausschuss Friedensratschlag | Kathrin Vogler, MdB DIE LINKE. | Antje Vollmer, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages a.D. | Dr. Christine von Weizsäcker, Biologin, Präsidentin von Ecoropa | Prof. Dr. Ernst-Ulrich von Weizsäcker, ehem. Präsident des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt und Energie | PD Dr. Uta von Winterfeld, Politikwissenschaftlerin | Peter Wahl,

Wissenschaftlicher Beirat von Attac | Renate Wanie, Vorstandsmitglied Bund für Soziale Verteidigung (BSV) | Konstantin Wecker, Musiker, Komponist | Prof. Dr. Hubert Weiger, Vorsitzender des BUND | Dr. Christa Wichterich, Soziologin, Publizistin | Heidemarie Wiczorek Zeul, Bundesministerin a.D. | Lucas Wirl, Geschäftsführer IALANA & NaturwissenschaftlerInnen-Initiative Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit (NatWiss) | Burkhard Zimmermann, Initiative Neue Entspannungspolitik JETZT!

(Angaben zur Person dienen nur der persönlichen Information)



© Lucas Wirl

»Abrüsten statt Aufrüsten«

Dieser Appell aus der Gesellschaft braucht Unterstützung, Hilfe und viele, die mit gestalten und mit bestimmen wollen:

- ▶ Unterzeichnet ihn online www.abruesten.jetzt und fordert Kolleginnen und Kollegen auf, es auch zu tun. 10.000 Unterschriften sind erst ein Anfang.
- ▶ Sammelt Unterschriften, wo ihr arbeitet und lebt. Die Listen können unter www.abruesten.jetzt zur sofortigen Nutzung herunter geladen werden.
- ▶ Jede Veranstaltung ist Aufklärung, jeder Informationsstand verbreitert unser Anliegen und hilft Unterschriften zu sammeln.
- ▶ Nutzt die nächste Friedensaktion, die nächste Demonstration und Kundgebung zur Unterschriftensammlung, viele sind interessiert und freuen sich, angesprochen zu werden.
- ▶ Helft mit in eurer Initiative, in eurer Lokalgruppe, den Basisgruppen von Parteien und Gewerkschaften für diesen Aufruf zu werben. Kein Gespräch, kein Auftritt ist umsonst, sicher auch im Sportverein, vielleicht auch in der Disco.
- ▶ Ist der Aufruf schon auf Deiner Facebook Seite, hast Du ihn schon „geliked“, deine Freundinnen und Freunde eingeladen und alle auf die Webseite www.abruesten.jetzt und die Unterschriftensammlung hingewiesen?
- ▶ Hast du den Aufruf schon auf Twitter verbreitet?
- ▶ "Du bist der Aufruf", da wo du dich engagierst, wirke für "www.abruesten.jetzt", ganz individuell, selbstbestimmt und erfolgreich.

Wir brauchen eine große gesellschaftliche Debatte um das Zukunftsthema „Wie wollen wir leben?“, mit Kriegsvorbereitung, Konfrontation und Sozialabbau oder für Gerechtigkeit, Selbstgestaltung und Solidarität – ohne Abrüstung wird das alles nichts. Deswegen mach auch Du und Ihr mit, bei der größten Herausforderung: Kriege verhindern, Abrüstung durchsetzen, Gerechtigkeit schaffen. Viele sind schon dabei, es kann eine Bewegung werden – durch Dich und Euch! Nur eine Zahl mit vielen Nullen schafft Eindruck und Aufmerksamkeit.

Wir unterstützen den Aufruf:

Listen zum Herunterladen und weitere Informationen: www.abruesten.jetzt

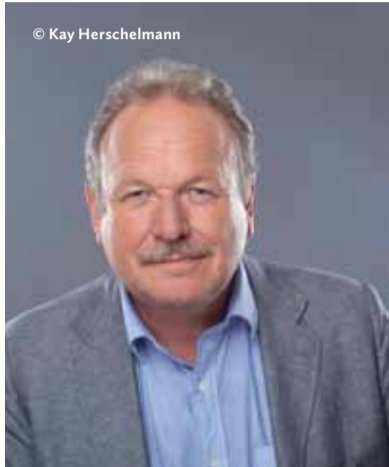
Name	Vorname	E-Mail / Adresse	Stadt	a*	b*

Bitte schicken Sie die Unterschriftenliste an:
Netzwerk Friedenskooperative, Römerstraße 88, 53111 Bonn oder Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V. c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt Wilhelm-Leuschner

* Bitte ankreuzen:
a) Mit der Veröffentlichung meines Namens bin ich einverstanden
b) Weitere Informationen erwünscht



WARUM WIR DEN AUFRUF UNTERZEICHNET HABEN



Frank Bsirske

Vorsitzender ver.di

► Wir leben in Zeiten zahlreicher Konflikte. Auswege sind nur durch Bemühungen um Dialog, vertiefte Kooperation und Schaffung sozialer Perspektiven möglich. Deshalb brauchen wir Entspannungspolitik jetzt und wir müssen abrüsten statt aufrüsten! Die Militärausgaben der NATO-Partner auf zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu erhöhen, wäre völlig verfehlt. Für Deutschland hieße das, den Rüstungsetat nahezu zu verdoppeln: Etwa 35 Milliarden Euro jährlich mehr für Rüstung. Geld, das auf der anderen Seite für eine Kurskorrektur in der Rentenpolitik fehlt. Kanonen statt auskömmlicher Rente – das ist nicht die Politik, die Menschen in diesem Land brauchen. Das ist nicht die Politik, die wir wollen!



Anne Rieger

Bundesausschuss Friedensratschlag

► Ich bin gegen eine weitere Erhöhung des Rüstungshaushalts um zusätzliche 30 Mrd. Euro jährlich. Ich will nicht, dass 2 Prozent des BIP fürs Militär ausgegeben werden. Schon jetzt ist dieser Haushalt mit 38,5 Mrd. Euro der zweitgrößte. Unsere Steuergelder werden für Kriegswaffen und militärische Auslandseinsätze junger Menschen ausgegeben. Das ist nicht in unserem Interesse. Es ist im Interesse von Banken und Konzernen, die so billig an Ressourcen, Rohstoffe, Arbeitskräfte kommen um ihre Profite zu erhöhen. Ganze Länder werden ausgebeutet oder zerstört. Die Menschen flüchten vor Krieg, Terror, Zerstörung und Not auch nach Europa. Meine Vision ist ein Friedensstaat kein Rüstungsstaat.



Prinz Chaos II.

Liedermacher

► Ich bin ein Kind der Friedensbewegung. Meine Eltern gründeten in den 80ern im Hobbykeller die „Eichenauer Friedensinitiative“. Das brauchen wir wieder. Kein Drohnenmord von deutschem Boden! Atomwaffen verschrotten! Die Bundeswehr aus allen Kriegen abziehen! Umbau der Rüstungsindustrie zur Friedensindustrie! Um diese Ziele durchzusetzen, braucht es Basisaktivismus, ein flächendeckendes Netzwerk von Initiativen. Wir brauchen auch wieder Künstler, die das Maul aufmachen, die Teil der Bewegung sind, die auch mal Risiko fahren. Wir brauchen entschlossene Solidarität, wenn Friedensaktivisten fertig gemacht werden. Wir brauchen - eine starke, vereinigte Friedensbewegung!

Kriegseinsätze Deutschland am Hindukusch verteidigen?

In Afghanistan blühen nach mehr als 15 Jahren Bundeswehrpräsenz nur die Mohnfelder. Ansonsten gibt es Millionen Binnenflüchtlinge und Fluchtbewegungen nach Europa. Mit einem Bruchteil der Gelder für Bundeswehr-Auslandseinsätze wäre Afghanistan heute ein Land mit Wohlstand für alle.



Die Auslandseinsätze der Bundeswehr haben laut BMVg seit 1992 knapp 21 Milliarden Euro gekostet



Notwendig wären in Deutschland:
Sanierung von Schulgebäuden: Bedarf mindestens 30 Mrd. Euro



Elektrifizierung des Schienennetzes: Bedarf mindestens 20 Mrd. Euro

Rüstungsprojekte

2014 beschlossen: Agenda Rüstung

Milliardenschwere Rüstungsprojekte werden meistens ohne Öffentlichkeit im Verteidigungsausschuss des Bundestages durchgewunken. Öffentliche Debatten gibt es aber hierzulande darüber, wie man Geld gegen die dramatisch anwachsende Wohnungsnot bereitstellen kann.

Als Bedarf für die bis 2030 geplanten Rüstungsprojekte sind mind. 130 Mrd. Euro vorgesehen.

(Quelle: www.bmvg.de)



Zum Beispiel sind geplant: 3,6 Mrd. Euro für Kriegsschiffe K 130 und zusätzliche Leopard-Kampfpanzer



Eine Alternative wäre zum Beispiel: Erhöhung der Zuschüsse für den sozialen Wohnungsbau für zusätzliche 250.000 Sozialwohnungen im Jahr



Julia Neigel

Sängerin

► Viele unserer Eltern haben den letzten Weltkrieg noch erlebt. Deshalb auch gingen wir damals wütend auf die Straße und demonstrierten gegen die Aufrüstung in unserem Land. Aber die Politik hat nichts daraus gelernt. Denn es geht schon wieder los. Diese neue Aufrüstung ist verantwortungslos und verstößt gegen alle ethischen Werte und Prinzipien, für die wir uns als Künstler immer einsetzen. Wir wollen einen Sozialstaat, keinen Rüstungsstaat.



Heide Schütz

Frauenetzwerk für Frieden e.V., Vorsitzende

► Vor dem ersten Weltkrieg, vor mehr als 100 Jahren, schrieb Bertha von Suttner: „Nicht den Frieden zu erhalten, sondern ihn erst zu schaffen, gilt es, denn wir haben keinen: Wir leben im Rüstungskrieg in einem auf die Dauer unhaltbaren Waffenstillstand.“ Sie prägte als erste den Begriff der „Überrüstung“. Wie wahr! Und womit wird uns, wird Menschen auf der ganzen Welt heute der Rüstungswettlauf ihrer Regierungen angepriesen? Mit „Sicherheit“, d.h. mehr Rüstung würde danach „mehr Sicherheit“ bedeuten. Wir wissen, dass das Gegenteil der Fall ist.

Es ist ein Unglück, dass nach dem Zweiten Weltkrieg ein „UN-Sicherheitsrat“ statt eines UN Friedensrates geschaffen wurde – ich denke, schon damals steckte darin militärisches Denken und Kalkül statt eines Denkens und Handelns vom Frieden her, wie es die Charta der Vereinten Nationen vorsieht. Deshalb ist es richtig, dass diese „Sicherheitslogik“ nun von der Friedenswissenschaft und der Friedensbewegung in Deutschland durch das Konzept einer „Friedenslogik“ herausgefordert wird. Das Frauennetzwerk für Frieden beteiligt sich an diesem Prozess in Anlehnung an die Botschaft im Friedenszettel auf der 4. Weltfrauenkonferenz 1995 (Peking/Huairou): „Change the Culture of War to a Culture of Peace“ - Friedenskultur statt Kriegskultur aufbauen! Denn unser Motto lautet: Kriege werden von Menschen gemacht. Frieden auch.



Papierkraniche in Hiroshima | © IPB

ANZEIGE

FRIEDENS- KONFERENZ 2018

TRUMPS WELTUMORDUNG UND LINKE ALTERNATIVEN

26.-27.01.2018

FREITAG, 16:00 UHR BIS SAMSTAG, 23:00 UHR

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG /// MÜNZENBERGSAAL

FRANZ-MEHRING-PLATZ 1, 10243 BERLIN

Referent*innen: Adam Hanieh, Angela Joya, Christine Buchholz (MdB), Tobias Pflüger (MdB), Heike Hänsel (MdB), Stephen Gill (angefragt), Beverly Judith Silver (angefragt)

Kulturprogramm am Samstagabend u. a. mit Kathrin Röggla, Michael Wildenhain, Kai Degenhardt, Konstantin Wecker (angefragt)

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG



Menschenkette Stoppt die Eskalation - Atomwaffen ächten, Berlin 2017 | © Lucas Wirl



Klaus Hartmann

Bundvorsitzender
Deutscher Friedensker-Verband

► Beim Klamaus um die Regierungsbildung stellt niemand den Wahnsinn der Verdoppelung der Kriegsausgaben auf 70 Milliarden Euro in Frage. Diese NATO-Verpflichtung macht die Forderung nach Austritt Deutschlands aus diesem Kriegsbandnis hochaktuell. Die Bundesregierung muss mit der Forderung konfrontiert werden: US-Atomwaffen aus Büchel abziehen, die Kriegsdrehscheibe Air Base Ramstein schließen – realisierbar durch Kündigung des Stationierungsabkommens für ausländische Truppen mit 2-Jahres-Frist. Der Mehrheitswille der Bevölkerung lautet: „Kein Krieg mit Russland! Macht uns Russland nicht zum Feind!“ Statt Konfrontation und fortgesetztem NATO-Aufmarsch: Frieden und Kooperation mit Russland!



Mairead Maguire

Friedensnobelpreisträgerin 1976

► Was für ein beeindruckender Aufruf, den ich gerne unterstütze. Der Wahnsinn der NATO Aufrüstung, die täglich Kinder tötet, die Umwelt verwüstet, Elend schafft und vertieft, muss endlich aufhören. Immer mehr Menschen müssen aus Resignation und Konsumismus aufwachen und sich wehren. Dafür sind die Unterschriften gut und hoffentlich werden es beeindruckende viele. Notwendig ist aber eine weltweite Verweigerung dieser Kriegspolitik und ihrer Propaganda, sind Aktionen des zivilen Ungehorsams überall dort wo die Kriegsmaschinerie sich in Bewegung setzt. Möge der Aufruf zum Widerstand beitragen.



Margot Käßmann

Theologin

► Und schließlich geht es um Aufrüstung. Statt jetzt aber Friedensmissionen, Freiwillige, Mediationsexpertinnen zu entsenden, drängen US-Präsident Trump und sein Außenminister Rex Tillerson darauf, dass die NATO-Mitgliedstaaten ihre Militärausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes erhöhen. Der Anteil der Verteidigungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) liegt in Deutschland bei 1,2 Prozent, das sind 36 Milliarden Euro. Erwartet werden demnach mehr als 70 Milliarden! Wollen wir das?



Kai Niebert

Präsident Deutscher Naturschutzring

► 2016 starben in Europa rund 135 Menschen durch den Terror des IS. Gleichzeitig kamen rund 3.000 Menschen durch die Folgen der menschengemachten Klimastörungen ums Leben, 5000 Menschen starben, weil die Autohersteller bei den Dieselmotoren betrogen und weitere 23.000 Menschen sterben jährlich durch den Dreck aus Europas Kohlekraftwerken. Diese Zahlen belegen sehr eindrücklich: Um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen, braucht es keinen höheren Verteidigungshaushalt, sondern Investitionen in eine umwelt- und menschenfreundliche Energie-, Verkehrs und Landwirtschaftspolitik.

» Wir lieben das Leben – nicht die Vernichtung.
Deshalb: Kein Bock auf Rüstung. «

CULCHA CANDELA



Gunda Weidmüller

Hamburger Forum

► Was sagt es über eine Gesellschaft aus, wenn sie anstrebt beinahe 20% ihres Haushaltes für Rüstung auszugeben? Deutschland ist trotz seiner besonderen historischen Verantwortung längst in die Kriege dieser Welt verstrickt. Gegen die Millionen Menschen, die vor diesen Kriegen flüchten, haben wir tödliche Mauern vor den Grenzen Europas errichtet und das Asylrecht bis zur Unkenntlichkeit ausgehöhlt. Ich möchte in einer Gesellschaft leben, die nicht tatenlos zuschaut, wenn Menschen sterben und Familien zerrissen werden! Ich möchte in einer Gesellschaft leben, die für Entspannungspolitik und Frieden steht! Statt Abschreckung und Abschottung zu finanzieren brauchen wir Geld für aktive Flüchtlingshilfe und einen Sozialstaat, der diesen Namen auch verdient.



Pascal Luig

NaturwissenschaftlerInnen-Initiative

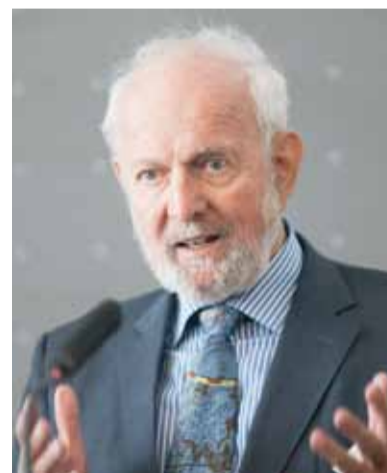
► Deutschland droht eine massive Aufrüstung. 2% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) entsprechen 65 bis 70 Milliarden für Krieg und Rüstung. Das volle Ausmaß der ungehemmten Rüstung wird deutlich, wenn man den zunächst vermeintlich harmlos aussehenden 2% der Wirtschaftsleistung den Bundeshaushalt zugrunde legt. 65-70 Milliarden vom Bundeshaushalt würden bedeuten, dass die Bundesregierung plant, knapp 20 % des gesamten Haushaltes für das Bundesministerium für Verteidigung auszugeben – oder in anderen Worten: Fast ein Fünftel der gesamten Ausgaben der Bundesregierung sollen künftig für Krieg und Rüstung ausgegeben werden. Deutschlands Ausgaben für das Militär wären dann höher als die von Russland. Dieser Rüstungswahnsinn der Kriegsbefürworter und –profiteure muss gestoppt werden!



Susanne Grabenhorst

2. Vorsitzende IPPNW

► Mit einer Menschenkette zwischen den Botschaften der USA und Nordkoreas haben rund 700 FriedensaktivistInnen im November in Berlin ein Zeichen gegen atomare Aufrüstung gesetzt. Sie forderten von der künftigen Bundesregierung, dem UN-Vertrag für ein Verbot von Atomwaffen beizutreten und die US-Atombomben aus Deutschland abzuziehen. Derzeit rüsten die USA ihr gesamtes Arsenal für mindestens 1 Billion US-Dollar auf. Die B61-Bombe, die auch in Büchel unter der nuklearen Teilhabe der NATO stationiert ist, wird ebenfalls „modernisiert“. Die neue Bombe soll als lenkbare Präzisionsbombe einsetzbar sein. Damit sinkt die Hemmschwelle für einen Einsatz. Die IPPNW wird auch in diesem Jahr in Büchel für den Stopp der nuklearen Aufrüstung und den Abzug der Atomwaffen demonstrieren.



Prof. Ernst Ulrich von Weizsäcker

Ko-Präsident des Club of Rome

► Ich unterstütze die Initiative abrüsten statt aufrüsten, weil ich die „Modernisierung“ des Atomwaffenarsenals für illegal, vertragswidrig und sehr gefährlich halte. Daher habe ich einen entsprechenden Expertenaufsatz in den neuen Club of Rome-Bericht „Wir sind dran“ aufgenommen. Der Aufsatz folgt auf Seite 4 der Zeitung.

ANZEIGE



IPPNW – Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges / Ärzte in sozialer Verantwortung e.V. | www.ippnw.de | kontakt@ippnw.de | Telefon: 030 698 074-0

Aufsatz im Club of Rome Bericht "Wir sind dran"

ATOMWAFFEN – DIE VERDRÄNGTE BEDROHUNG

Eine weitgehend verdrängte Bedrohung sind die Atomwaffen, die tödlichsten aller Massenvernichtungswaffen. Sie sind für die menschliche Zukunft, ja die Zukunft des Lebens auf der Erde, eine sehr ernste Gefahr. Sie sind illegal und unmoralisch, aber sie sind immer noch vorhanden, und es findet immer noch ein Wettrennen um ihre »Modernisierung« statt. Während des Kalten Krieges war ihr Einsatz in einem heißen Krieg die tägliche Sorge. Aber das Ende des Kalten Krieges hat die Befürchtung natürlich in keiner Weise beseitigt. Und sie verschwindet auch nicht, wenn es (gegen alle Erwartung) in Nordkorea zu einem Regierungswechsel kommt.

Verdrängt ist auch die physikalische Erkenntnis, dass ein Atomkrieg zu einem nuklearen Winter führen könnte, der die Temperaturen auf den niedrigsten Wert seit der letzten Eiszeit abstürzen ließe und weite Teile des Lebens auf der Erde auslöschen würde.

Der Atomwaffensperrvertrag (NPT) von 1970 teilte die Welt in nukleare »Haves« und »Have-nots« ein. Die »Haves« waren die Länder, die bis zum 1. Januar 1967 Atommacht waren und eine Atomwaffe gezündet hatten. Frankreich und China wurden den nuklearen »Haves« hinzugefügt, als sie dem Vertrag später beitraten. Drei Länder traten dem Vertrag nie bei – Israel, Indien und Pakistan – und ent-

wickelten eigene nukleare Arsenale; und Nordkorea zog sich 2003 aus dem Vertrag zurück und hat nun ein kleines Atom-Arsenal entwickelt.

Alle neun Atomwaffenländer investieren in die Modernisierung ihrer Arsenale. Die USA plante noch zur Zeit von Präsident Obama Investitionen von einer Billion USD in drei Jahrzehnten. Analoges Ehrgeiz haben die anderen Kernwaffenstaaten. Ziel der Modernisierung ist es hauptsächlich, kleinere, genauere und effizientere Waffen zu entwickeln – um sie für die Militärführung nutzbarer zu machen –, also die Einsatzschwelle zu senken. Die Modernisierung ist übrigens eine klare Verletzung des NPT.

Jonathan Granoff vom Global Security Institute fügt hinzu: Wenn weniger als 1% der 14.000 Atomwaffen in den Arsenalen der Welt explodieren würden, träten bereits Folgen von der Art des nuklearen Winters ein, mit katastrophalen Folgen für die Landwirtschaft, grausigen Strahlenkrankheiten und der Unbewohnbarkeit weiter Landstriche. Schon ein Atombomben-Schlagabtausch zwischen zwei Atommächten, z.B. Indien und Pakistan, könnte zum Ende der menschlichen Zivilisation führen. Wie viel rascher und schrecklicher käme das Ende im Falle eines großen Erstschlags seitens Russlands oder der USA!

Ein gutes Vierteljahrhundert nach dem Ende des Kalten Krieges bleiben immer noch etwa 2.000 Atomwaffen ständig einsatzbereit, um innerhalb weniger Minuten durch einen Befehl gestartet zu werden, wodurch die Zivilisation an einem einzigen Nachmittag des atomaren Schlagabtausches zerstört werden könnte. Diese fürchterliche Tatsache und der brisante Modernisierungswettbewerb waren denn auch der Hauptvorwurf eines Völkertribunals im Juli 2016 in Sydney, Australien, geleitet hauptsächlich vom Club-of-Rome-Mitglied Keith Suter.

Die Bedrohung ist global und die Lösung muss auch global sein. Sie erfordert Verhandlungen mit dem Ziel, Atomwaffen tatsächlich zu verbieten und zu zerstören. Es bedarf eines neuen Rechtsinstruments für die stufenweise, nachprüfbar, irreversible Beseitigung von Atomwaffen. Es muss auf einen Vertrag hinauslaufen, der die Beseitigung von Atomwaffen zuwege bringt, ohne die Welt der Herrschaft konventioneller Mächte zu überlassen. Am Ende muss ein Vertragswerk stehen, das den Wahnsinn (Madness) der Mutually Assured Destruction (MAD) in ein Überlebensgesetz der Planetary Assured Security and Survival (PASS) umwandelt.

David Krieger
Nuclear Age Peace Foundation

Arbeitsplätze

Die gleichen Geldbeträge schaffen ...

Im sozialen Bereich herrscht angeblich ein großer Mangel an Fachkräften, wobei es in Wirklichkeit um gute Bezahlung für gute Arbeit geht. Insbesondere Kommunen und Leistungsträger im Gesundheitswesen haben dafür kein Geld. Die Bundeswehr hingegen hat nicht solche Probleme.



1 Arbeitsplatz für die Rüstung



2 Arbeitsplätze im Gesundheitswesen



3 Arbeitsplätze im Erziehungs- und Bildungswesen

ANZEIGE

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Ingar Solty
EXPORTWELTMEISTER IN FLUCHTURSACHEN
Die neue deutsche Außenpolitik, die Krise und linke Alternativen
Studien 5/2016, 63 Seiten
März 2016, ISSN 2194-2242
Download: www.rosalux.de/publikation/id/8745

Autorenkollektiv
SCHWARZBUCH
Kritisches Handbuch zur Aufrüstung und Einsatzorientierung der Bundeswehr
120 Seiten, September 2016
Download: www.rosalux.de/publikation/id/9066

Schwarzbuch

KLIMASCHUTZ STATT AUFRÜSTUNG

Die neue Bundesregierung nimmt eine grundlegende Weichenstellung vor: Entweder sie gibt, auch weil das große Teile im konservativen Lager auch selbst für richtig halten, dem Druck von US-Präsident Donald Trump nach und erhöht den Verteidigungshaushalt in Richtung auf zwei Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts. Das sind mehr als 20 Milliarden Euro, die für Aufrüstung eingesetzt würden. Das ist erstens grundlegend falsch, weil die Militarisierung der Außenpolitik in die Irre führt. Und zweitens würde es der Politik den Spielraum nehmen, längst überfällige Investitionen in Bildung und Forschung, in eine neue Infrastruktur, in Sozialleistungen und in den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen vorzunehmen.

Doch davon wollen Merkel, Seehofer, Lindner und Co. nichts hören. Sie sind gefangen in der Ideologie von gestern.

Was für ein Widerspruch: In Bonn findet die UN-Klimaschutzkonferenz statt, die von grundlegender Bedeutung für die Zukunft der ganzen Menschheit ist. Seit dem Pariser Klimaabkommen sind bereits zwei Jahre vergangen, aber noch immer gibt es keine konkreten Maßnahmen, um wenigstens das 2 Grad Celsius Ziel zu erreichen, geschweige denn das, was notwendig ist, die Erderwärmung möglichst bei 1,5 Grad Celsius zu stoppen.

Im letzten Jahr hat der Anstieg der Treibhausgase eine neue Rekordhöhe angenommen. Auch in Deutschland sind sie stark gestiegen, die Vorreiterrolle beim Klimaschutz ist längst

vorbei. Stattdessen machen wir insbesondere Menschen in den ärmsten Weltregionen zu Opfern des Klimawandels, dafür sind die Industrie- und Schwellenländer verantwortlich und ihre Gewalt wird alltäglich ausgeübt.

Die NaturFreunde Deutschlands fordern die neue Bundesregierung dazu auf, der Erhöhung der Rüstungsausgaben endlich eine klare Absage zu erteilen. Das wäre ein Beitrag zum Frieden. Stattdessen sollten weitaus mehr öffentliche Mittel in soziale und ökologische Projekte geleitet werden, insbesondere in den Klimaschutz. Alles andere ist verantwortungslos. Die NaturFreunde fordern Abrüstung für mehr Klimaschutz.

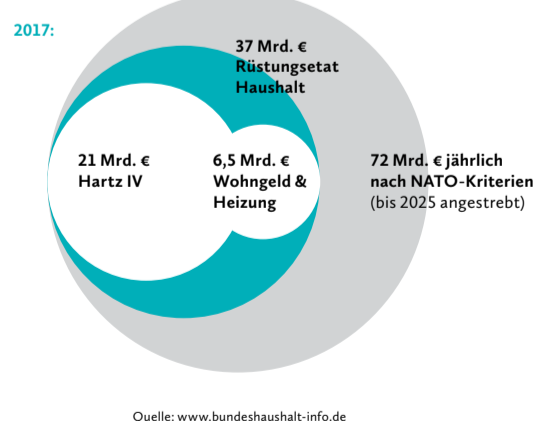
Michael Müller
Vorsitzender NaturFreunde Deutschlands

Sozialausgaben

Sind wir ein Rüstungs- oder ein Sozialstaat?

Millionen Menschen in Deutschland leben in sozialer Unsicherheit und existenziellen Ängsten als Empfänger von Hartz IV.

Das wäre nicht der Fall bei einer Verdoppelung dieser Zuwendungen. Die jährlichen Erhöhungen von Hartz IV bleiben aber unter 2%. Welche Sicherheit bietet die Bundeswehr?



ANZEIGE

Medientagung
Krieg und Frieden in den Medien
Kassel, CROSS Jugendkulturkirche, Lutherplatz 9 | 26.-28. Jan 2018

Rednerinnen u.a.:

- Max Uthoff (Die Anstalt)
- Gabriele Krone-Schmalz
- Andreas Zumach (taz)
- Harald Schumann (tagesspiegel)
- Ulrich Teusch (Lückenpresse)
- Uwe Krüger (Uni Leipzig)
- Mit Konzert von Konstantin Wecker

www.medientagung.ialana.de

KONTAKT:

Initiative **abrüsten statt aufrüsten** | Marienstraße 19/20, 10117 Berlin |
Tel.: 030 28482482 | Fax: 030 3199668 | Facebook: [Abrüsten jetzt](https://www.facebook.com/abruesten.jetzt) |
E-Mail: info@abruesten.jetzt | Web: www.abruesten.jetzt | Bestellung der Zeitung über unsere Website: www.abruesten.jetzt/zeitung

UNTERSTÜTZUNG:

Die Initiative ist auf ihre Unterstützung angewiesen. Jede kleine und große Spende hilft, die Initiative erfolgreich zu gestalten. Bitte spenden Sie an: **Spendenkonto:** Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V. | IBAN: DE20 5005 0201 0200 0813 90 | BIC: HELADEF1822 | Stichwort: **Abrüsten jetzt**

IMPRESSUM:

Redaktion: Reiner Braun, Kristine Karch, Pascal Luig, Karl-Heiz Peil, Lucas Wirl
V.i.S.d.P.: Reiner Braun
Layout: www.Ronald-Schrodt.de